Bastian Herrmann

Public Private Partnership am Beispiel von staatlichen Materialprüfanstalten

Diplomarbeit

Diplom.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2002 Diplomica Verlag GmbH
ISBN: 9783832462772

http://www.diplom.de/e-book/221497/public-private-partnership-am-beispiel-von-staatlichen-materialpruefanstalten

Bastian Herrmann

Public Private Partnership am Beispiel von staatlichen Materialprüfanstalten

Diplom.de

Bastian Herrmann

Public Private Partnership am Beispiel von staatlichen Materialprüfanstalten

Diplomarbeit
an der Hochschule Harz (FH)
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
3 Monate Bearbeitungsdauer
November 2002 Abgabe

Diplom.de

Diplomica GmbH
Hermannstal 119k
22119 Hamburg

Fon: 040 / 655 99 20
Fax: 040 / 655 99 222

agentur@diplom.de
www.diplom.de

ID 6277
Herrmann, Bastian: Public Private Partnership am Beispiel von staatlichen Materialprüfanstalten
Hamburg: Diplomica GmbH, 2003
Zugl.: Wernigerode, Fachhochschule, Diplomarbeit, 2002

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Diplomica GmbH
http://www.diplom.de, Hamburg 2003
Printed in Germany

VORWORT

Die vorliegende Diplomarbeit stellt die abschließende wissenschaftliche Arbeit meines Studiums dar. Sie ist in der Zeit vom 1. September bis 30. November 2002 mit Unterstützung von Deloitte Consulting entstanden.

Bedanken möchte ich mich zunächst bei Herrn Dr. Guido Benzler, der mich aktiv und kritisch bei der Diplomarbeit begleitet hat. Dabei unterstützte er mich zusammen mit Herrn Steffen Baumann besonders beim richtigen systematischen und inhaltlichen Aufbau meiner Arbeit. Durch ihr methodisches Können und fachliches Wissen haben sie dazu beigetragen, meine Erläuterungen zu systematisieren und Unklarheiten zu beseitigen. Weiterhin gilt mein Dank meinem betreuenden Professor, Herrn Dr. Jürgen Stember, der durch seine Hinweise und Anregungen zum Gelingen der Arbeit beitrug.

Ohne die Unterstützung der vorgenannten Personen und meinen zahlreichen Interviewpartnern wäre die nun vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT ..... **I**
INHALTSVERZEICHNIS ..... **II**
ABBILDUNGSVERZEICHNIS ..... **V**
TABELLENVERZEICHNIS ..... **VI**
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ..... **VII**
1. EINFÜHRUNG **1**
1.1. Begründung der Themenwahl 1
1.2. Ziel der Arbeit 1
1.3. Aufbau der Arbeit 1
2. STAATSAUFGABEN **3**
2.1. Differenzierung von Staatsaufgaben und öffentlichen Aufgaben 6
2.2. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand 7
2.3. Notwendigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand 11
2.4. Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand 12
3. PRIVATISIERUNG **13**
3.1. Definitionsansatz 13
3.2. Formen der Privatisierung 13
3.2.1. Die formale Organisationsprivatisierung 13
3.2.2. Funktionale Privatisierung 14
3.2.3. Die materielle Aufgabenprivatisierung 14
3.2.4. Vermögensprivatisierung 15
3.3. Einordnung von Public Private Partnership 16
3.4. Privatisierung als Herausforderung des Staates 16
3.5. Gegenstandsbereiche der Privatisierung 19
3.6. Privatisierungsstrategien 19
3.6.1. Privatisierungsstrategien im Bereich der Produktsicherheit 20
3.6.2. Beispiele für Privatisierungsstrategien bei der Produktsicherheit 20
3.6.2.1. Beleihung im Bereich der Produktsicherheit 20
3.6.2.2. Private sachverständige Kontrolleure nach dem Gerätesicherheitsgesetz (GSG) 21
3.6.2.3. Umweltgutachter nach dem Umweltauditgesetz (UAG) 21
3.6.2.4. „Konformitätsverfahren“ nach dem Medizinproduktgesetz (MPG) 23
3.6.2.5. Qualitätssicherungsverfahren nach der Ersten Sprengstoffverordnung (1. SprengV) 24
4. PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP **25**
4.1. Definitionsansatz 25
4.2. Herkunft und Geschichte der Public Privat Partnership 27
4.3. Rechtliche Regelungen 28

4.4. Formenvielfalt von Public Private Partnerships 29
4.5. Abgrenzung 31
4.5.1. Ausgliederung 31
4.5.2. Deregulierung 31
4.5.3. Dekonzentration 31
4.5.4. Reprivatisierung 32
4.5.5. Entstaatlichung 32
4.5.6. Contracting out 32
5. MATERIALPRÜFUNG IN DEUTSCHLAND 33
5.1. Einordnung der Materialprüfung 33
5.2. Geschichtlicher Abriss der Materialprüfung in Deutschland 33
5.3. Organisations- und Rechtsformen 34
5.3.1. Hochschulinstitut 36
5.3.2. Einrichtungen an Fachhochschulen 36
5.3.3. Landesbetrieb/Nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts 36
5.3.4. Körperschaft des öffentlichen Rechts 37
5.3.5. Eingetragener Verein 38
5.3.6. Private Stiftung 38
5.3.7. Privatwirtschaftliche GmbH 38
5.4. Materialprüfanstalten und ihr Umfeld 39
5.5. Begrifflichkeiten 42
5.6. Aufgaben 45
5.6.1. Analyse der Aufgaben der Materialprüfeinrichtungen 48
5.7. Privatisierungsbemühungen bei der Materialprüfung 51
5.8. Argumente für die privatisierte Materialprüfung 53
5.8.1. Ökonomische Argumente 54
5.8.2. Finanzielle Argumente 54
5.8.3. Rechtliche Argumente 55
5.8.4. Weitere Argumente 55
5.9. Argumente für eine staatliche Materialprüfung 56
5.9.1. Sachorientierung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit 56
5.9.2. Wissens- und Technologietransfer 56
5.9.3. Mitarbeit bei Normungsgremien 57
5.9.4. Neutralität 57
5.10. Marktsituation der Materialprüfung 57
6. FORSCHUNGSMODELLE UND HYPOTHESEN 59
6.1. Untersuchungshypothesen 60
6.2. Testen der Untersuchungshypothesen 60
6.2.1. Untersuchungshypothesen „Volkswirtschaftliche Kosten“ 60
6.2.2. Untersuchungshypothesen „Anpassungsfähigkeit“ 61
6.2.3. Untersuchungshypothesen „Sicherheitsbedürfnis“ 61

6.2.4. Untersuchungshypothesen „Schutz“ 61
6.2.5. Untersuchungshypothesen „Neutralität/Objektivität“ 62
6.2.6. Untersuchungshypothesen „Fachliche Kompetenz“ 62
6.3. Auswertung der Untersuchungshypothesen 63
7. ENTWICKLUNG EINES ZUKUNFTSMODELL DER MATERIALPRÜFUNG . 64
8. RESÜMEE 71
ANLAGE 1 X
ANLAGE 2 XI
ANLAGE 3 XII
ANLAGE 4 XIII
ANLAGE 5 XIV
ANLAGE 6 XV
ANLAGE 7 XVIII
LITERATURVERZEICHNIS XXX
QUELLENVERZEICHNIS XXXIII
INTERVIEWPARTNER XXXV

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Zusammenhang von Spezifität, strategischer Relevanz und Leistungstiefenentscheidung 5
Abbildung 2: Verhältnis von Staatsaufgaben und öffentlichen Aufgaben 7
Abbildung 3: Beteiligungen und Sondervermögen des Bundes im Vergleich 2000 und 2001 8
Abbildung 4: Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin oder Brandenburg 10
Abbildung 5: EG-Öko-Audit-Verordnung und Umweltauditgesetz 23
Abbildung 6: PPP und der intermediäre Bereich 25
Abbildung 7: PPP-Portfolio 28
Abbildung 8: PPP-Handlungsfelder und ihre operativen Ziele 30
Abbildung 9: Organisations- und Rechtsformen 34
Abbildung 10: Darstellung des Umfeldes der Materialprüfung 39
Abbildung 11: Aufbau der DAP 41
Abbildung 12: Aufbau des DAR 42
Abbildung 13: Akkreditierung – Zertifizierung 43
Abbildung 14: Beispielhafter Ablauf eines Akkreditierungsverfahrens 44
Abbildung 15: Technologietransfer 47
Abbildung 16: Materialprüfung zwischen Spezifität und Strategischer Relevanz 50
Abbildung 17: Trennung der Aufgaben 65
Abbildung 18: Zukunftsmodell (Teil 1) 66
Abbildung 19: Zukunftsmodell (Teil 2) 67
Abbildung 20:Unmittelbare Beteiligung und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlins 2001 X
Abbildung 21: Betriebsführungsmodell XI
Abbildung 22: Betreibermodell XII
Abbildung 23: Kooperationsmodell XIII
Abbildung 24: Leasingmodell XIV

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Organisations- bzw. Rechtsformen staatlicher Materialprüfanstalten 35
Tabelle 2: Forschungsmodelle 59
Tabelle 3: Untersuchungshypothesen 60
Tabelle 4: Auswertung der Untersuchungshypothese 63
Tabelle 5: Vergleich von Forschungsmodellen und Zukunftsmodell 64
Tabelle 6: Ausgestaltung des Akkreditierungsgremiums 68